



Pfäffikons Schulpräsident Hanspeter Hugentobler setzt sich für die Lehrpersonen an den Kindergärten ein.

Archivfoto: Silvano Pedretti

«Wird heute gespart, rächt sich das in Zukunft»

PFÄFFIKON Gleich drei Vorstösse zum Thema Kindergarten hat EVP-Kantonsrat Hanspeter Hugentobler eingereicht. Die Arbeitsbedingungen für Kindergartenlehrpersonen müssten dringend verbessert werden, meint der Pfäffiker.

Eine parlamentarische Initiative, ein Postulat und eine Motion – Pfäffikons Schulpräsident Hanspeter Hugentobler (EVP) hat zusammen mit anderen Kantonsräten gleich drei Vorstösse zum Thema Kindergarten eingereicht. Mit der Initiative will er erreichen, dass die Klassenlehrperson im ersten Semester Unterstützung durch eine weitere Person erhält.

Zudem soll der Regierungsrat prüfen, wie er die durchschnittliche Klassengrösse im Kindergarten über die nächsten drei Jahre von 19,6 auf 18,5 senken kann – das ist das Anliegen im Postulat. Mittels der Motion wird der Regierungsrat aufgefordert, die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, damit auch Kindergartenlehrpersonen mit einem Vollpensum von 100 Prozent angestellt werden können.

Wieso haben Sie die drei Vorstösse eingereicht?

Hanspeter Hugentobler: Ich stelle fest, dass die Situation im Kindergarten immer schwieriger wird. Die Anforderungen an die Lehrkräfte steigen, vor allem, weil die Kinder jünger werden (siehe Box). Trotzdem stehen Kindergartenlehrpersonen eine Lohnstufe unter den Primarschullehrpersonen und bekommen erst noch nur 88 Prozent des Lohns. Diese Situation hat sich in der jüngeren Vergangenheit verschärft.

Inwiefern?

Der neue Berufsauftrag trat mit dem aktuellen Schuljahr in Kraft. Neu soll das Lehrpersonal mit einem Pensum von 88 Prozent 24 Wochenlektionen abdecken.

Was ist das Problem mit dem neuen Berufsauftrag?

Die besondere Situation des Kindergartens mit Aufangzeiten und begleiteten Pausen wird nicht berücksichtigt. Eine Kindergartenlehrperson kann in der Pause nicht ein Lehrerzimmer aufsuchen und sich entspannen, sondern kümmert sich während der Pausenzeit und auch vor und

nach den Lektionen allein um bis zu 24 Kinder. Deshalb reichen Kindergartenlehrkräfte eine Lohnklage ein, die das Bundesgericht vor Kurzem knapp mit drei zu zwei Stimmen abgelehnt hat. Viele Lehrpersonen im Kindergarten sind unzufrieden, und das zu Recht.

Wie macht sich die Unzufriedenheit in Pfäffikon bemerkbar?

Die Schulleitung muss inzwischen intensiv nach Kindergartenlehrpersonal suchen. Man kann von einem Arbeitnehmermarkt sprechen. Wir konnten zwar bisher alle Stellen besetzen, es herrscht aber klar ein Mangel. Das zeigt sich auch in anderen Gemeinden. Es kam in anderen Gemeinden schon vor, dass als Notmassnahme Personen eingestellt wurden, die keine reguläre Kindergartenausbildung haben.

Das klingt prekär.

Es besteht dringender Handlungsbedarf, bevor die Lehrpersonen ihren Auftrag nicht mehr stemmen und wir die Stellen in den Kindergärten nicht mehr besetzen können. Die Anmeldungen an der Pädagogischen Hochschule Zürich für den Kindergarten-Studiengang nehmen ab.

Wie wird der tiefere Lohn für Kindergartenlehrpersonen begründet?

Das Hauptargument ist, dass Kindergartenlehrpersonen weniger Lektionen unterrichten als Primarschullehrpersonen.

Ist das so?

Meiner Erfahrung nach nicht. Was Lehrpersonen im Kindergarten weniger an regulären Lektionen abdecken, kompensieren sie durch die intensivere Betreuung der Kinder. Im Kanton Aargau ist das Grund genug, mit 24 Lektionen Unterrichtszeit pro Woche, einer Lektion Aufwand für Klassenlehrperson und drei Lektionen für Empfangs- und Verabschiedungszeit zu rechnen. Damit kommen Kindergartenlehrpersonen wie die Primarschullehrkräfte auf ein

100-Prozent-Pensum mit 28 Lektionen. Aber natürlich kommt es darauf an, wie man rechnet.

In der Lohnklage der Kindergartenlehrpersonen wurde geltend gemacht, dass sie aufgrund ihres Geschlechts «diskriminierend entlohnt» würden. Was sagen Sie dazu?

Im Kindergarten arbeiten hauptsächlich Frauen. Auch in anderen Berufen, in denen vorwiegend Frauen arbeiten, sind die Löhne tiefer. Das lässt sich nicht von der Hand weisen.

Ist der Lohnunterschied zwischen Primarstufe und Kindergarten auch auf Bildungsunterschiede zurückzuführen?

Nein, Kindergartenlehrpersonen müssen wie Primarschullehrpersonen die Pädagogische Hochschule absolvieren und schliessen mit einem Bachelor ab.

Wieso setzen Sie sich so für das Kindergartenpersonal ein?

Als Schulpräsident sehe ich, wie entscheidend die Förderung der Kinder in den Kindergartenjahren für die gesamte Schullaufbahn ist. Es macht mir Sorge, dass wir für diese wichtige Aufgabe immer schwerer Lehrpersonen finden – vor allem wenn man bedenkt, dass die Zahl der Kinder weiter steigt und der Förderungsbedarf ebenfalls. Vergessen wir nicht: In der Schule bilden wir die nächste Generation aus. Wird heute gespart, rächt sich das in der Zukunft!

Was wollen Sie mit den Vorstössen erreichen?

Dass das Problem anerkannt wird und wir darüber diskutieren. Uns schwebt eine stufenweise Anpassung der Löhne vor. Nicht alles auf einmal, das wäre für den Kanton und die Gemeinden finanziell nicht verkraftbar. Sie haben eine parlamentarische Initiative, eine Motion

und ein Postulat eingereicht. Weshalb drei Vorstösse?

Zusammen machen sie Sinn. An erster Stelle stehen für mich die Kinder, die gut betreut werden müssen. Weil das Kindergartenpersonal vor grossen Herausforderungen steht, müssen wir schauen, dass die durchschnittliche Klassengrösse reduziert wird, zum Beispiel durch Klassenassistenten. Ebenfalls weil die Kinder jünger werden, sind die ersten Monate für die Kinder und Lehrpersonen schwieriger geworden. Um diese Angewöhnungsphase abzufedern, braucht es die Unterstützung durch eine weitere Person. Und nicht zuletzt funktioniert die gute Betreuung nur, wenn die Lehrpersonen anständig behandelt werden. Dazu gehört auch ein faires Lohnsystem.

Welche Stimmung nehmen Sie in der Bevölkerung wahr bezüglich dieses Themas?

Eltern von Kindern im Schulalter haben Verständnis für das Anliegen des Kindergartenlehrpersonals. Je weniger jemand mit der Schule zu tun hat, desto weniger Verständnis ist vorhanden.

Wie sieht es im Kantonsrat aus?

Wahrscheinlich wird es bei der Diskussion über das Thema ähnlich klingen wie bei der Budgetdebatte. Von der bürgerlichen Seite hört man: Die Bildung ist wichtig, aber sie darf nicht mehr kosten als jetzt. Mit den Vorstössen wollen wir auch erreichen, dass die Parteien endlich Farbe bekennen.

Was meinen Sie damit?

Unsere Schüler- und Studentenzahlen steigen, wirbürden den Schulen mehr Aufgaben auf. Da können wir das Bildungsbudget nicht einfach plafonieren, sonst nimmt die Qualität der Bildung ab. Interview: Fabian Senn

KINDERGARTENEINTRITT

Kinder werden immer jünger

Laut Hanspeter Hugentobler nehmen die Anforderungen für Kindergartenlehrpersonen laufend zu. Vor allem, weil die Kinder beim Kindergarteneintritt immer jünger werden. We-

gen Harmos werden sie noch bis 2020 jedes Jahr einen halben Monat früher eingeschult. «Knapp Vierjährige kommen heute schon in den Kindergarten.» zo

Offene Fragen zum geplanten Werkhof

ILLNAU-EFFRETIKON Land zu kaufen, macht Sinn für die Stadt – darin waren sich die Gemeinderäte einig, als es an der Sitzung am Donnerstag um den geplanten Werkhof beim Schulhaus Eselriet ging. Das Projekt selbst stösst hingegen noch auf Skepsis.

An der Sitzung des Illnau-Effretiker Parlaments wurde die Interpellation von Thomas Stutz diskutiert. Der SVP-Gemeinderat stellte Fragen zum Landkauf beim Schulhaus Eselriet. Weil der bestehende Werkhof veraltet ist, hat der Stadtrat dort einen Neubau des Werkhofs, des Feuerwehrdepots und der Hauptsammelstelle ins Auge gefasst. Die geschätzten Kosten belaufen sich auf insgesamt 20 Millionen Franken.

Kaufpreis angemessen

Stutz wollte von der Exekutive mehr Informationen, damit das Parlament das Projekt besser be-

urteilen kann (wir berichteten). 2012 seien unter Beteiligung des Werkbetriebs, der Feuerwehr und der Sammelstelle eine Ist- und eine Bedarfsanalyse durchgeführt worden, inklusive Raumprogramm, Anforderungen und Ausstattung eines neuen Werkhofs, heisst es in der Antwort. 2014 sei das Raumprogramm erneut geprüft worden.

Der Kaufpreis für das Land, 275 Franken pro Quadratmeter, sei von Fachleuten überprüft und für angemessen befunden worden. «Wir haben auch umfassend geschaut, wo es verfügbares Land gibt und ob darauf ein neuer Werkhof gebaut werden kann», sagte Hochbauvorstand Reinhard Fürst (SVP) an der Sitzung. Mit der Interpellation habe Stutz offene Türen eingearbeitet. «Ihr bekommt die Informationen zum Projekt noch in diesem Jahr. Dann könnt ihr gut nachvollziehen, was auf dem Land geplant ist», sagte Fürst zu den Gemeinderäten.

Der Stadtrat habe die Interpellation «relativ ausführlich» beantwortet, sagte Stutz in seinem Schlusswort. «Einige Fragen blieben trotzdem noch offen.» Zum Beispiel sei zu wenig untersucht worden, ob die Zusammenlegung von Werkhof, Feuerwehr und Sammelstelle Sinn mache. Aber: «Der Land-

kauf macht Sinn, unabhängig davon, was darauf gebaut wird.» Er wünschte sich, dass die Kostenfrage klar aufgezeigt werde und das Parlament zwei eigenständige Geschäfte – den Landkauf und den Werkhof – diskutieren könne.

Auch Urs Gut (GP) findet es gut, wenn der Stadtrat Land-

reserven sichern kann. Störend sei aber, dass die Exekutive schon jetzt wisse, was auf dem Land gebaut werde, erklärte er. «Zuerst sollten wir klären, ob der Werkhof wirklich dort entstehen soll.» Er reiche deshalb ein Postulat zum Thema ein, um den Prozess «zu entschleunigen». Fabian Senn

INTERPELLATION «ENERGIETAG»

Miauton begründet Vorstoss

Roger Miauton (SVP) begründete am Donnerstag seine Interpellation Energietag. Der Wissensstand zu erneuerbaren Energien sei gering, sagte er. Deshalb wollte er wissen, wie der Stadtrat interessierten Kreisen neue Technologien näherbringen will (wir berichteten). Hochbauvorstand Reinhard Fürst (SVP) antwortete, dass der Stadtrat bisher in Zusammenarbeit mit der Energiegruppe vom Forum 21

Anlässe zu Energiethemen durchgeführt habe.

Die Exekutive werde die von Miauton vorgeschlagenen Themen an der nächsten Sitzung der Energiegruppe einbringen. Diskutiert werde auch, ob und welche Referenten man einladen könnte. «Wir sind offen für Vorschläge.» Auf die Frage nach einem Diskussionspodium «pro und kontra Energiestrategie 2050 des Bundesrats» antwor-

tete Fürst, dass die Energiestrategie vom Volk angenommen worden sei. «Deshalb geht es nicht um ein Pro und Kontra, sondern um die Art der Umsetzung.» Das werde ebenfalls noch diskutiert.

Miauton sagte in seinem Schlusswort, er hätte als Antwort eher ein Ja oder ein Nein erwartet. «Nun ist es ein «schauen wir mal». Ich hoffe, dass sich das in ein Ja wandelt.» zo

SVP verurteilt Bistro-Entscheid

PFÄFFIKON Der Bau eines Bistros am Pfäffiker Seequai ist in weite Ferne gerückt. Nach dem Bezirksgericht hat auch das Verwaltungsgericht einen negativen Bescheid erteilt. Die Exekutive habe bei den Berechnungen des Projektkredits gegen übergeordnetes Recht verstossen.

Für die SVP Pfäffikon stellt der Entscheid des Verwaltungsgerichts eine fragwürdige Praxisänderung dar. Es räche sich nun, dass der Gemeinderat den Kredit bewusst unter der Grenze von 1,5 Millionen Franken gehalten habe, um so eine Urnenabstimmung zu umgehen, schreibt die Partei. Sie findet, dass an der Seepromenade etwas gemacht werden solle, das den Bedürfnissen der Bevölkerung gerecht werde und das Areal und auch die Ortschaft aufwerte. Zugleich ist sie der Ansicht, dass der Bau eines Bistros keine Gemeindeaufgabe sei. Die Gemeinde solle sich bei einem solchen Projekt aber einbringen können. zo